Nr. 495 Abend-Ausgabe
B 245

Berlin

Dienstag, 19. Oktober 1926
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3685—3692. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Verwirklichung von Thoiry

Die Finanzfrage nicht die Hauptsache

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

lst **Paris**, 19. Oktober

Die in der vergangenen Woche angekündigte französische Demarche in Washington, die die Mobilisierung eines Teils der deutschen Eisenbahnobligationen in die Wege leitete und damit den ersten Schritt auf dem Wege zur Realisierung des Programms von Thoiry bilden sollte, ist bisher nicht erfolgt.

Ueber die Gründe dieser Unterlassung glaubt heute Pertinax, der in der Regel gutunterrichtete außenpolitische Redakteur des „Echo de Paris", Mitteilungen machen zu können, die wir mangels einer authentischen Bestätigung nur unter ausdrücklichem Vorbehalt wiedergeben möchten. Pertinax behauptet, daß die französische Regierung versucht habe, Italien und Belgien zu einem Kollektivschritt in Washington zu bestimmen, in Rom und Brüssel aber auf unzweideutige Ablehnung gestoßen sei, nachdem die englische Regierung, die man um ihre Meinung befragt habe, die kühle Schulter gezeigt habe.

Obwohl man im Hinblick auf die traditionelle Zurückhaltung Englands gegenüber den Vereinigten Staaten in Paris nicht gewagt habe, das Foreign Office zu einer direkten Beteiligung aufzufordern, habe dieses die ihm bekanntgegebene französische Absicht unzweideutig mißbilligt, zuerst in Auslassungen der offiziösen Presse und dann in einer offiziösen Antwort, die erst dieser Tage überreicht worden sei, und in der eine Mobilisierung der deutschen Obligationen unter den augenblicklichen Umständen als irrealisierbar bezeichnet worden sei. Rom und Brüssel hätten sich daraufhin definitiv zurückgezogen.

Wie weit diese Mitteilungen richtig sind, entzieht sich angesichts des Schweigens der zuständigen Stelle der Nachprüfung. Sicherlich aber ist der von Pertinax daraus gezogene Schluß falsch, daß damit die materielle Basis für die Politik von Thoiry endgültig zusammengebrochen sei. Einmal, weil die Möglichkeit einer teilweisen Mobilisierung der Eisenbahnobligationen auch dann noch offen bleibt, wenn die englische Regierung sich wirklich dagegen ausgesprochen haben sollte, dann aber, weil man in den in der französischen Außenpolitik maßgebenden Kreisen dieser Frage keineswegs die ausschlaggebende Bedeutung beimißt, die ihr die zum großen Teile von ganz irrigen Voraussetzungen ausgehenden Kommentare der internationalen Presse gegeben haben.

Die Erwägungen, aus denen die Initiative zu einer Politik deutsch-französischer Annäherung entstanden sind, beruhen auf sehr viel breiterem Fundament. Die Ziele, die damit auch hier verfolgt werden, sind sehr erheblich weitergesteckt, als daß der Erfolg und Mißerfolg einer Finanzoperation von verhältnismäßig untergeordneter Tragweite ihre Fortführung in entscheidender Weise bestimmen könnte. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß gerade die Schwierigkeiten, auf die der ursprüngliche Plan gestoßen ist, **die sehr viel weitgehendere Idee einer internationalen Konferenz zur endgültigen Liquidation des ganzen Problms der Kriegsverschuldung mit dem Ziele, zusammen mit den interalliierten Schulden auch den Dawes-Plan einer gründlichen Revision zu unterziehen, hier außerordentlich an Boden gewinnen ließ.**

Für sie tritt heute u. a. der in den internationalen Finanzfragen als Autorität geltende, den politischen Ideen Poincarés nahestehende Senator Dauset in einem von der „Information" veröffentlichten Artikel mit großer Entschiedenheit ein. Wenn Frankreich, England und Deutschland, führt er aus, sich zusammentun, um Amerika eine vernünftige Lösung und ein Programm praktischer Zusammenarbeit vorzuschlagen, dann dürfte wohl mit einiger Sicherheit damit gerechnet werden können, daß dieses seinen Widerstand gegen die Zusammenberufung einer großen internationalen Konferenz zur endgültigen Regelung aller finanziellen Fragen und zur Stabilisierung aller europäischen Währungen endgültig aufgeben werde.

Dr. Dinghofer Vizekanzler

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

kl **Wien**, 19. Oktober

Dr. Seipel, der heute namittag vom Hauptausschuß des Nationalrates mit der Bildung des neuen Kabinettes betraut werden wird, räumt der großdeutschen Volkspartei einen wesentlicheren Einfluß in der Regierung ein, als sie bisher gehabt hat.

Vizekanzler und Justizminister wird der großdeutsche Vorsitzende des Nationalrats, Abg. Dinghofer, an Stelle Dr. Webers. Da Dinghofer als die politisch bedeutendste Persönlichkeit der Großdeutschen angesehen wird, ist seine Berufung kennzeichnend für die Bedingungen, welche die Großdeutschen den Christlichsozialen vor dieser Erneuerung des Koalitionspaktes gestellt haben.

Ein eigener Bundesminister für Aeußeres wird nicht ernannt. Da Dr. Seipel somit die Verantwortung für die äußere Politik übernimmt, wird auch dem Vizekanzler, also Dr. Dinghofer, ein größerer Einfluß eingeräumt als bisher.

Keine Rubel mehr für die Bergarbeiter

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

sch **London**, 19. Oktober

Der „Daily Expreß" meldet, daß die englische Bergwerksgewerkschaft von Moskau verständigt worden sei, daß die englischen Bergarbeiter in ihrem Kampf keine Geldunterstützung mehr von Rußland erwarten könnten. Der Grund für die Einstellung der Unterstützungen soll in Krassins Mission zu suchen sein, der eine englische Anleihe zur Entwicklung der russischen Industrie zu erhalten hofft. Man befürchtet in Moskau, daß Krassins Bemühungen fehlschlagen könnten, wenn die gegenwärtige Sowjetpolitik gegenüber den englischen Bergarbeitern fortgesetzt würde.

Höschs Berliner Besprechungen

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist für morgen vormittag neuerlich zusammenberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Aussprache über Thoiry. Der Botschafter Dr. v. Hoesch reist morgen abend nach Paris zurück und wird Ende der Woche von Briand empfangen werden.

*

Das Reichskabinett trat heute vormittag zusammen, um einen Bericht des Reichsministers Dr. Well über seine Informationsreise im besetzten Gebiet und die Vorfälle in Germersdorf entgegenzunehmen.

Militarisierung der polnischen Polizei

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wst **Warschau**, 19. Oktober

Das Kabinett Pilsudski beabsichtigt, bei seinen innerpolitischen Reformen eine sehr einschneidende Veränderung auf dem Gebiete der polnischen Polizei vorzunehmen. Die gesamte Polizei soll der Kompetenz des Innenministers entzogen, völlig militarisiert und direkt dem Kriegsminister unterstellt werden. Die Polizei ist damit nicht mehr das Exekutivorgan der Verwaltungsbehörden, sondern ein Teil der Armee, der die Ruhe und Ordnung im Lande zu schützen hat.

Ein türkischer Prinz kehrt heimlich zurück

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wf **Konstantinopel**, 18. Oktober

Die Polizei entdeckte unter den Passagieren des gestern Abend hier eingetroffenen Triester Lloyddampfers „Theodora" den ältesten Sohn des früheren Sultans Mehmed V., **der versuchte, trotz der Verbannung aller Mitglieder der ehemaligen Dynastie nach der Türkei zurückzukehren.** Der Prinz hatte sich völlig unkenntlich gemacht, reiste aber unter seinem richtigen Namen Saeddin, nur war der Zuname Reschad auf dem Paß in Hassan geändert worden. Die Polizei brachte den Prinzen an Bord des italienischen Dampfers zurück.

Echo des Wirtschaftsmanifests

Italienische Vorbehalte

Das von der „Vossischen Zeitung" in der gestrigen Abendausgabe veröffentlichte internationale Wirtschaftsmanifest hat, wie vorauszusehen war, in der Oeffentlichkeit stärkste Resonanz gefunden. Das Wolffsche Telegraphen-Büro gibt jetzt dazu folgenden offiziösen Kommentar „aus deutschen Wirtschaftskreisen":

„Der Kreis der deutschen Unterzeichner ist wohl aus rein organisatorischen Gründen zunächst nur verhältnismäßig klein. Es dürfte aber kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Appell in den deutschen Wirtschaftskreisen einen starken Widerhall und zahlreiche weitere Befürworter unter den führenden deutschen Wirtschaftlern finden wird. Eine besondere Bedeutung erhält der Appell für Deutschland dadurch, daß von einer so großen Zahl führender Wirtschafter aus nicht weniger als 16 Ländern die wirtschaftlichen Fehlgriffe des Versailler Vertrages erkannt werden und ihre Beseitigung als Vorbedingung für ein Wiederaufblühen der europäischen Produktion und des europäischen Handels angesehen wird."

Die deutschen Unterzeichner des Manifestes haben sich ihm ebenso wie die Engländer und Amerikaner vorbehaltlos angeschlossen. Die Franzosen weisen in einem besonderen Kommentar darauf hin, „daß zur Vermeidung einer Verschärfung einer beunruhigenden Lage es vor allem geboten ist, daß die Länder, deren Währung noch nicht stabilisiert ist, auf dem raschesten Weg einer gesunden Währung zustreben. Diese Länder werden das um so eher können, als die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern auf normalen Grundlagen im Sinne einer Begünstigung des internationalen Handels wieder hergestellt sind."

Einen besonders bemerkenswerten Kommentar haben die Italiener, unter denen sich die führenden Großindustriellen und Bankiers Oberitaliens befinden, ihrer Unterschrift beigegeben: „Die Unterzeichneten, die ihr Einverständnis mit dem Geist des vorstehenden Manifestes bekunden, möchten hervorheben, daß sie, wenn es ihnen möglich gewesen wäre, bei der Ausarbeitung des Dokuments mitzuwirken, es vorgezogen hätten, ihm an einigen Stellen eine andere und klarere Form zu geben. Vor allem würden sie es begrüßt haben, wenn nicht nur an der übermäßigen Höhe der Zollsätze und der Starrheit der in einzelnen Ländern geltenden Zollbestimmungen, sondern auch an all den zahlreichen Formen des unmittelbaren oder mittelbaren Zollschutzes, der Benachteiligungen oder Bevorzugungen, der künstlichen Prämien und der Auswandrungsbeschränkungen Kritik geübt worden wäre. Mit diesen Vorbehalten schließen sie sich dem Manifest gerne an."

Man darf annehmen, daß die Repräsentanten der italienischen Wirtschaft zurzeit nichts veröffentlichen, was nicht auch die Billigung Mussolinis findet. Hoffentlich wird das faszistische Italien nun in noch „klarerer Form" auch in der Praxis den Weg zur internationalen Wirtschaftsfreiheit und zur Bekämpfung des nationalistischen Protektionismus gehen.

*

In einem volksparteilichen Blatt wird „festgestellt", daß Herrn Carl Friedrich v. Siemens, der auch als Unterzeichner des Wirtschaftsmanifestes genannt wurde, „von der Angelegenheit nichts bekannt" sei. Demgegenüber wird von anderer Seite festgestellt, daß Herr v. Siemens vor annähernd sechs Monaten um die Zustimmung zu dem Manifest befragt worden und daß ihm nur in der Fülle der Geschäfte als Leiter seines Konzerns und Verwaltungsratsvorsitzenden der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die Angelegenheit offenbar nicht mehr ganz in Erinnerung gewesen ist.

Unabhängig von dem Wirtschafts-Manifest beginnen morgen in Paris, wie schon im Handelsteil der „Vossischen Zeitung" angedeutet wurde, die Verhandlungen der **Internationalen Handelskammer**, die sich mit den gleichen Problemen beschäftigen, wie die internationale Wirtschaftskundgebung. Von deutscher Seite nehmen u. a. Franz von Mendelssohn und Geheimrat Deutsch an den Pariser Besprechungen teil.

0222